

Antragsteller: Juso Kreisverband Mannheim

Antrag: Förderung der landesweiten Wahlbeteiligung

Empfänger: LDK Jusos BW

Die Landesdelegierten-Konferenz möge beschließen:

1. U18-Wahlen an weiterführenden Schulen
An allen weiterführenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft in Baden-Württemberg sollen U18-Wahlen abgehalten werden. Ergänzend sollen sich Schüler*innen im Unterricht Inhalte zu den Werten, Forderungen und Wahlprogrammen der Parteien erarbeiten. Schulen unter privaten Träger*innen sollen dazu angehalten werden, ebenfalls U18-Wahlen, sowie die begleitende Vorbereitung in den Unterricht aufzunehmen.
2. Wahlrecht ab 16 Jahren
Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.
3. "Demokratie-Werkstatt" einrichten
Größere Städte sollen sich um die Einrichtung einer Demokratie-Werkstatt bemühen. Dies sollte in Zusammenarbeit mit den Schulen in der Umgebung geschehen. Mit der Einrichtung soll ein Bildungszentrum für Demokratie geschaffen werden, an dem junge Menschen, vor allem die Schüler*innen im Rahmen ihres Unterrichts, Politik durch interaktive Aktionen kennenlernen. Hiermit kann eine Plattform und eine Vermittlungseinrichtung für bereits existierendes jungpolitisches Engagement errichtet werden.
4. Änderung des Landeskommunalwahlgesetzes
Das Landeskommunalwahlgesetz soll dahingehend geändert werden, dass das amtliche Wählerverzeichnis, d.h. die stichtagsbezogene Ausleitung aus dem Einwohnermeldewesen, elektronisch vorgehalten werden kann. Diese muss auch am Wahltag oder den Wahltagen elektronisch genutzt werden können.
5. Einführung elektronischer Wählerlisten
Wir fordern die Erstellung eines elektronischen Wählerverzeichnisses, welches das Wählen an verschiedenen Orten ermöglicht.
6. Wahllokale in allen Bürgerdiensten
Wahllokale sollten in allen Bürgerdiensten der Städte eingerichtet werden. Ab dem Tag der Wahlbenachrichtigung können alle Bürger*innen, die in dieser Stadt gemeldet sind zusätzlich zu dem ihnen zugeteilten Wahllokal, in einem dieser Wahllokale ihre Stimme abgeben. Durch das elektronische Wählerverzeichnis ist eine einfache Erfassung möglich. Briefwahl bleibt weiterhin möglich. In der letzten

Woche vor der Wahl sollten diese Wahllokale verlängerte Öffnungszeiten bis mindestens 19 Uhr haben, sowie am Samstag von 10.00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet haben.

7. Aufhebung der Wahllokalbindung

Durch die Einführung eines elektronischen Wählerverzeichnisses können sich alle Bürger*innen den Ort ihrer Wahl in ihrer Stadt frei aussuchen, und sind nicht an "ihr Wahllokal" gebunden.

8. Elektronische Unterstützung

Wir fordern die Einrichtung einer App und einer Website, die alle wichtigen Informationen zum Wahlverfahren in verschiedenen Sprachen, wenn möglich zusätzlich noch animiert, darstellt. Die App sollte eine Reminder-Funktion enthalten, die an den Wahltag erinnert.

9. Wahlbenachrichtigung vereinfachen

Wahlbenachrichtigungen müssen in einfacher Sprache gehalten sein. Die wichtigen Informationen sollten hervorgehoben sein, während auf Paragraphen und Gesetzestexte soweit es geht verzichtet werden sollte. Diese Wahlbenachrichtigung soll in mehreren Sprachen verfasst sein. Eine Internetseite soll mit einer animierten Anleitung zum Wählen in mehreren Sprachen angeboten werden und auf Diese sollte ebenfalls auf der Wahlbenachrichtigungskarte hingewiesen werden.

10. Briefwahl und Briefwahantrag vereinfachen

Der Antrag für Briefwahl muss in einfacher Sprache gehalten sein und das Wahlverfahren verständlich, in mehreren Sprachen, erklären. Auf dem Antrag zur Briefwahl soll eine Möglichkeit eingerichtet werden, die Sprache für die Briefwahlunterlagen zu wählen. Die jeweiligen Papiere (Wahlschein und Eidesstattliche Erklärung) müssen sich bei Zusendung der Unterlagen bereits im richtigen Umschlag befinden. Briefwahlunterlagen sollen auch einfach per App oder Website angefordert werden können.

11. Wahllokale sichtbar machen

Wahllokale sollen sichtbar ausgeschildert werden, sowie leicht und Barrierefrei erreichbar sein.

Begründung:

Punkt 1 und 2: Junge Menschen sind in Deutschland von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen ausgeschlossen, was ihnen jegliche Partizipationsmöglichkeit auf Landes-, Bundes- und Europaebene entzieht. Um jedoch ein Verständnis für Demokratie entwickeln zu können, ist es wichtig, sich schon in frühen Jahren mit ihr zu beschäftigen, um ein Gefühl für die Ideen, Werte und Forderungen der wählbaren Parteien zu entwickeln. Auch wenn die kommunale politische Ebene von großer Relevanz ist, dürfen die anderen drei politischen Ebenen deswegen nicht vernachlässigt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Jugend zum einen die Möglichkeit hat sich sowohl kommunal, als auch auf Landes-,

Bundes- und Europaebene schon im Alter von 16 Jahren einzubringen und wählen gehen zu dürfen und, dass sie zum anderen die nötigen inhaltlichen Grundlagen aufweist, um sich politisch zu engagieren. Eine Vermittlung dieser Inhalte sollen alle öffentlichen und privaten Schulen im Bundesland gewährleisten, da eine politische (Aus-)Bildung allen zusteht und kein Privileg darstellen sollte.

Punkt 3: Um Zugang zur Politik, den verschiedenen Jugendorganisationen und Parteien zu gewinnen und zu erleichtern, und um das allgemeine Wissen um Demokratie und Politik, sowie die Wahlbeteiligung zu fördern, ist die Errichtung von Demokratie-Werkstätten für Jugendliche besonders wichtig und vorteilhaft.

Punkt 4 bis 11: Die niedrige Wahlbeteiligung beschäftigt uns alle vor und nach jeder Wahl. Natürlich ist es wichtig, die Leute auf den Straßen anzusprechen, sie auf die Wahl aufmerksam zu machen und ihnen unsere Inhalte zu vermitteln. Allerdings stellt der Ablauf einer Wahl für viele Menschen ein Problem dar. Sie wissen nicht, wie sie wählen müssen, wo sie ihre Stimmen abgeben können und für manche Bürger*innen stellen sprachlichen Hürden ein unüberwindbares Problem dar. Wir als politisch Aktive wissen wo wir unser Kreuzchen setzen müssen und vor allem wie. Anderen ist dies fremd und daher müssen wir dafür sorgen, dass alle anderen ebenfalls ihr Recht auf Stimmabgabe und ihre Chance ihre Interessen zu verdeutlichen indem sie wählen gehen auch wahrnehmen können. Ein elektronisches Wählerverzeichnis und allgemein zugängliche Wahllokale in den Bürgerdiensten der Städte sorgen dafür, dass die Wähler*innen nicht an ein bestimmtes Wahllokal gebunden sind, und gibt ihnen damit ein Stück Freiheit in der Planung ihres (Wahl-)Tages und des insgesamten Wahlzeitraums wieder. Eine App und Website, die zum einen an die Wahl selber erinnern und in verschiedenen Sprachen und mittels Animationen erklären wie eine Wahl funktioniert sind sinnvolle Mittel um vor allem jungen Erst-Wähler*innen den Vorgang der Wahl zu verdeutlichen. Auch die Vereinfachung des Briefwahantrags und der Briefwahl selber, sowie das Angebot in mehreren Sprachen wird langfristig zu einer höheren Wahlbeteiligung führen. Wir müssen uns jetzt der Internationalisierung und Digitalisierung anpassen und entsprechend den Zugang zur Politik ermöglichen und erleichtern.